

**Bericht des Vorsitzenden
auf der Herbstvollversammlung 2004
des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München und Freising
8./9. Oktober 2004 im Kardinal-Döpfner-Haus Freising
Prof. Dr. Alois Baumgartner**



[Es gilt das gesprochene Wort]

I.

Der Diözesanrat hat unmittelbar vor der Sommerpause eine Erklärung veröffentlicht, die darauf abzielt, die Bundesimmissionsverordnung zu verändern. In ihr wird bislang der Lärm, der von Kindern ausgeht, mit den Geräuschpegeln von Rasenmähern, Motorsägen usw. gleichgesetzt. Entworfen die Erklärung von unserem Arbeitskreis Kommunalpolitik aufgrund der Erfahrung, dass in der Bauleitplanung und in bei der Aufstellung der Bebauungspläne es immer wieder zu Schwierigkeiten kommt, Kinderspielplätze in Wohngebieten auszuweisen.

Wir haben die Erklärung provozierend formuliert: Kinderlärm sei Zukunftsmusik. Die Erklärung hat bei vielen Politikern und Politikerinnen ein äußerst positives Echo gefunden. Es liegen uns Zusagen vor, diesen Punkt in den zuständigen Ausschuss des Bundestags einzubringen. Zugleich haben wir erfahren, dass es eine Reihe von parallelen Bemühungen gibt, so dass unser Vorstoß höchst willkommen war. Kurz nach unserer Veröffentlichung hat sich auch die Stadt München in ähnlicher Weise geäußert. Frau Dr. Burkert, die Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München, und die Stadtbaurätin haben über die Schwierigkeit geklagt, immissionsrechtlichen Einwänden gegen Kinderspielplätze zu begegnen.

Der Diözesanrat hat in dieser Frage einen Punkt getroffen, der symptomatisch ist für eine Gesellschaft, in der die Kinderfreundlichkeit im Grundsätzlichen selbstverständlich bejaht wird, im Konkreten aber sehr zu wünschen lässt.

Vor wenigen Tagen hat Allensbach Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, die den Gründen für die Kinderlosigkeit vieler junger Paare nachgehen sollte. Das Ergebnis ist niederdrückend. Es widerspricht in zentralen Punkten auch den Einschätzungen der Politik. Politik in Bund und Land hat die problematische demographische Entwicklung bislang damit zu erklären versucht, dass junge Frauen in zu geringem Umfang auf Betreuungseinrichtungen für Kinder von der Geburt an bis zum dritten Lebensjahr zurückgreifen könnten. Dementsprechend gelten alle Bemühungen und der Schwerpunkt der zusätzlichen finanziellen Aufwendungen der Schaffung von Kinderkrippen. Die Bundesfamilienministerin hat sogar die Abschaffung des bisherigen, auf 24 Monate sich erstreckenden Bundeserziehungsgeldes angeregt und - unter dem Beifall der Wirtschaftsverbände - vorgeschlagen, die staatlichen Leistungen auf das erste Jahr nach der Geburt eines Kindes zu konzentrieren, eine zeitlich begrenzte Gehaltsfortzahlung, nach der Frauen und Männer dann wiederum der wirtschaftlichen Produktion zur Verfügung stehen sollen. Alle diese Pläne fußten auf dem Prinzip: Wir halten die Reproduktionsphase, also den Zeitraum, in dem Eltern ganz für Kinder da sind, so kurz wie möglich, damit der ökonomischen Produktion keine Ressourcen vorenthalten werden und damit gerade die gut ausgebildeten jungen Frauen dem Wirtschaftsprozess nicht verloren gehen. Die Politik hat uns dabei immer behauptet, genau dies entspräche den Wünschen moderner junger Frauen.

Wie sehr solche Behauptungen ad absurdum geführt werden können, zeigt die neueste Umfrage aus Allensbach. Nur ein Viertel der befragten jungen Frauen ohne Kinder stellten die fehlenden Kinderkrippen und sonstigen Einrichtungen in einen Zusammenhang mit ihrer Kinderlosigkeit. Eine viel größere Rolle spielt die Brüchigkeit von Beziehungen und Partnerschaften. Aber entscheidend: 75 % der Befragten geben an, dass ein Kind als eine zu große Beschränkung in der freien Gestaltung des eigenen Lebens erscheint. Das heißt nicht, dass der oft ermittelte Kinderwunsch, zwei oder sogar mehr Kinder haben zu wollen, den kollektiven Lebenslügen, wie wir ihnen häufig begegnen, zuzurechnen ist. Aber es heißt, dass die Option für das Kind bei vielen in unserer Gesellschaft schwächer ausgeprägt ist als die Optionen auf Ungebundenheit, Mobilität und Erlebniswerten. Wir stehen vor einem Problem, das sich nicht mit vollmundiger Politik lösen lässt. Wir sind mit kollektiven Einstellungen konfrontiert, die in einem

Zusammenhang mit der fortschreitenden Säkularisierung und Verdiesseitigung unseres Lebensverständnisses steht. Man kann diesen Einstellungen auch nicht mit moralischen Reden beikommen, mit Hinweisen auf Verzicht und Verantwortung. Wir müssen vielmehr Wege finden, dass das Leben mit Kindern wieder als Bereicherung und als Reichtum begriffen wird. Nicht im Mindesten kann es uns darum gehen, andere Lebensformen und Paare ohne Kinder moralisch abzuqualifizieren. Aber wir müssen aufhören, die Familie als etwas Abkünftiges oder bestenfalls als eine beliebige von möglichen Lebensformen zu erachten. Wir müssen wieder lernen, den Artikel 6 unserer Verfassung, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen und entsprechend zu fördern seien, ohne Wenn und Aber als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung auf die Tagesordnung zu setzen. In einer Zeit, in der 30 % aller Frauen keine Kinder bekommen - bei Frauen mit akademischer Bildung sind es mittlerweile 42 % -, ist es politisch blind zu suggerieren, dass Kinder keinen Einschnitt in das Lebensgefüge bedeuten, weil die Gesellschaft die entsprechenden Familienersatzinstitutionen bereit stelle. Die Familie, die kann die Politik leisten, muss wieder selbst in entschiedener Weise Gegenstand der Förderung werden. Die Eltern müssen wissen, dass sie nicht allein gelassen sind mit ihren Kindern und dass sie nicht aufgrund ihrer Kinder den sozialen Abstieg riskieren. Wen unter den Politikern erregt die Tatsache, dass seit 25 Jahren Eltern mit zwei Kindern nur noch über 60 % des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens verfügen gegenüber 100 % bei kinderlosen Paaren. Die Politik muss einer öffentlichen Einstellung entgegenwirken und darf sie nicht noch unterstützen, als seien Einkommensverbesserungen für die Familien selbst fragwürdige Subventionen, während die Errichtung von Krippen und anderen Tagesstätten die eigentlichen Zukunftsinvestitionen darstellten.

II.

Ich habe mir lange überlegt, auf dieses Thema einzugehen.

Ich meine den Pfingstmontag, ökumenisch zu feiern. Die Argumente der deutschen Bischofskonferenz überzeugen mich nicht. Ich appelliere daher, an die Bischöfe, ihre Ablehnung, den Pfingstmontag ökumenisch zu feiern, noch einmal zu überdenken. Der Pfingstmontag soll als Tag des Gebetes um die Einheit im Glauben begangen werden können. Wir dürfen, was dieses Gebet angeht, nicht in Kleinmut zurückfallen.